

Kommentar zum Positionspapier „Umwelt, Landwirtschaft und Energie“, Arbeitsstand 27.2.19

Arbeitsstand 03.03.2019, LAK Klimaschutz und Energiewende

Der LAK Klimaschutz und Energiewende hat am 3.12. seine Zuarbeit für die Erarbeitung des Landtagswahlprogramms abgegeben. In das vorliegende Positionspapier haben wichtige Anregungen des LAK Eingang gefunden. Das ist gut.

Dennoch haben wir grundsätzliche Einwände zur Systematik und einigen inhaltlichen Aspekten des Positionspapiers.

Wir halten die Systematik des Positionspapiers, in dem Klimaschutz im Titel nicht einmal erwähnt ist und im Text als Thema unter anderen abgehandelt und der notwendige „rote Faden“ nicht deutlich wird, für ungeeignet. Wir formulieren nachfolgend deshalb einige grundsätzliche Anmerkungen und argumentieren auf der Grundlage des Papiers des LAK vom 3.12. Wo immer möglich verweisen wir auf die entspr. Zeilen des Positionspapiers. Einige Anmerkungen machen wir auch zu Aspekten, die nicht direkt mit Klima&Energiepolitik zu tun haben.

Grundsätzliche Anmerkungen

1. Klimaschutz und Energiepolitik sind zentrale Handlungsfelder des sächsischen SPD. Dazu hat die sächsische SPD Parteitagebeschlüsse gefasst. Unser Spitzenkandidat hat in seiner Kandidatenrede Klimaschutz... als „prioritäres Handlungsfeld“ für die SPD bezeichnet. Deshalb müssen Klimaschutz und Energiepolitik ein eigenes Kapitel im Wahlprogramm sein. Und es muss inhaltlich den formulierten Anspruch auch einlösen!
2. Nicht Umweltpolitik, sondern Klimaschutz und Energiepolitik sind die Überschriften! Das ist auch in Abgrenzung zu anderen Parteien wichtig.
3. Klima- und Energiepolitik müssen von unserer Verantwortung für die Welt, für die nachfolgenden Generationen und von den Maßnahmen zu Erreichung des 1,5 Grad Ziels abgeleitet werden. Deshalb vermittelt die Überschrift „Eine gesunde Umwelt für Sachsen“ die falsche Perspektive.
4. Klima- und Energiepolitik werden nicht aus der Landespolitik heraus gestaltet. Aber: Sachsen kann eine Vorreiterrolle einnehmen! In Sachsen können neue Konzepte und Lösungen erdacht und zur Debatte gestellt werden! Sachsen kann im Bundesrat

mit Initiativen wichtige Akzente setzen. Und was wir im Lande tun können, das wollen wir auch (endlich!) tun. Und Sachsen soll seine Ziele MINDESTENS an den Zielen des Bundes ausrichten.

Nachfolgender Basistext ist die „Zuarbeit“ des LAK zum SPD Wahlprogramm Sachsen 2019“ vom 3.12.18 . Unsere aktuellen Kommentare sind schräg gestellt.

Kapitel Klimaschutz und Energiepolitik

Vorbemerkung

Unsere nicht mehr zu vertagende Zuständigkeit für eine noch mögliche Begrenzung der vom Menschen verursachten Klimaüberhitzung entscheiden über die Zukunftschancen unserer Gesellschaft. Aus Verantwortung für die jetzigen und nachfolgenden Generationen müssen wir heute alle Anstrengungen unternehmen, die Verpflichtungen einzuhalten, die Deutschland im Pariser Klimaschutzabkommen eingegangen ist, insbesondere die Begrenzung der globalen Klimaerwärmung auf 1,5 Grad („1,5 Grad-Ziel“).

Klimaverantwortung ist keine Angelegenheit, die sich in internationalen Abkommen auf abstrakter Ebene abspielt. Klimaverantwortung ist konkret und hat Auswirkungen auf den Alltag aller Bürgerinnen und Bürger. Deshalb wollen wir die Bürgerinnen und Bürger laufend über die Klimakrise und die kommunalen und sächsischen Möglichkeiten ihrer Eindämmung informieren sowie zum aktiven Mittun anregen.

Aufnahme von „Klimaschutz als Staatsziel“ in die sächsische Verfassung

Klimaverantwortung ist ein Schicksalsthema. Mit ihm entscheidet sich die Zukunft unserer Kinder und Enkel, unserer Gesellschaft, von Menschen in anderen Regionen, ja unseres Planeten. Die Klimakrise bedroht die Lebensgrundlagen von immer mehr Menschen. Klimaschutz ist deshalb auch Friedenspolitik und Migrationspolitik.

Verantwortliche, gerechte Politik, welche die Interessen aller Menschen und auch der nachfolgenden Generationen im Blick hat, muss dem Rechnung tragen.

Deshalb darf der Klimaschutz nicht hinter anderen politischen Zielen zurückstehen.

Klimaschutz und die Begrenzung der Klimakrise müssen deshalb als Staatsziel in die sächsische Verfassung aufgenommen werden.

Positionspapier 0-29.

Wir finden hier wichtige Aspekte wieder, empfehlen aber dennoch unseren Text als Grundlage.

Zeile 10: Die Klimakrise wird nicht, sie IST eine existentielle Frage!

Zeile 13: hier wird Wetter und Klima verwechselt.

Zeile 25: wir empfehlen, nur auf die eventuell vorhandenen Regelungslücken im Gesetz oder den eventuell vorhandenen Konkretisierungsbedarf abzuheben. Vielleicht genügt ja auch das Bundesgesetz?

Als Beispiel für die Tragweite der Problematik:

Hitzesommer 2003 hat 20.000-70.000 (je nachdem wie "direkt" man zählt und welche Folgeerscheinungen mit betrachtet werden) Todesopfer gefordert. Das betrifft schon jetzt ganz klar sowohl Junge, als auch "Alte" (ab 50), da diese Altersgruppe niedrigere Resistenz gegen hohen Hitzestress aufweisen.

Dieses Ereignis war nach "altem" Klima (also der statistischen Verteilung des Wetters) einmalig in 500 Jahren. Mit dem "neuen" Klima erhöht sich diese Häufigkeit drastisch!

Gleiches gilt für Hochwasser, Stürme, ...

Grundlegende Überarbeitung des Gesamtsystems von Steuern und Abgaben im Zusammenhang mit Klimaschutz und Energie

Konsequente und ressortübergreifende Ausrichtung der Politik auf die Vermeidung von CO₂- Ausstoß

Wir fordern einen konsequenten Einsatz von marktwirtschaftlichen Instrumenten im Klimaschutz und in der Energiepolitik, insbes. in Hinblick auf die Vermeidung von CO₂. Wir unterstützen eine alle Sektoren erfassende CO₂-Bepreisung/CO₂ Steuer/CO₂-Zertifikate – nicht als zusätzliches, sondern als neues, zentrales Steuerungselement für Klimaschutz und Energiepolitik, ähnlich wie in Schweden oder England.

Auch zukünftig muss Energie für alle bezahlbar bleiben.

In diesem Zusammenhang soll eine Überprüfung des energiewirtschaftlichen Gesamtsystems mit dem Ziel des Abbaus von Ineffizienz, Widersprüchen und Überregulierung auf allen politischen Handlungsebenen stattfinden.

Positionspapier 45:

Wir wollen etwas grundsätzlich Anderes. Wir wollen nicht „prüfen“, das ist ausreichend untersucht. Wir wollen auch nicht finanzielle Anreize (also neue Fördermethoden). Wir wollen einen allgemeinen CO₂ Preis/Steuer, was auch immer, als neues Steuerungselement für Klima- und Energiepolitik. Nicht ZUSÄTZLICH – deshalb wir Energie auch nicht notwendigerweise teurer (CDU-Argument), sondern ANSTATT!

Dazu braucht z.B. man eine Expertenrunde, die das ganze Steuer- und Abgabensystem der Energiewirtschaft durchleuchtet, evaluiert und mit dem CO₂ Preis möglichst alle Abgaben/Steuern ersetzt. Damit entfaltet dieser Preis auch eine volkswirtschaftliche und ökologische Lenkungswirkung- er wird rasch zu einer Unwirtschaftlichkeit von fossiler Stromerzeugung führen- ganz ohne Abschaltfestlegungen und- wahrscheinlich- auch ohne Entschädigungen für die Unternehmen.

Dazu gehört auch die Aufdeckung der versteckten Subventionen fossiler Energieträger.

Hierzu existieren bereits Studien unterschiedlichster Parteien, hier als Beispiel des Umweltbundesamtes:

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/hgp_umweltkosten_0.pdf

Essenz: Umweltkosten Braunkohle 10,75ct/kWh; Umweltkosten Windenergie: 0,26ct/kWh

Wir fordern die Ausweisung des virtuellen CO₂ Restbudgets für Sachsen, die Erarbeitung des unmittelbaren Handlungsbedarfs und die Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen, wie dieses verantwortungsvoll genutzt und keinesfalls überschritten wird. Ebenfalls sollen Kompensationsmaßnahmen als Zwischenlösung umgesetzt werden.

Wir fordern auf dieser Grundlage die Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen für alle Marktakteure.

Verpflichtende Ausweisung von klimabasierten Risiken Unternehmensbilanzen

Wir wollen, dass Unternehmer, deren Eigentümer, Investoren und Anleger die Risiken, die sich aus der Klimakrise für sie ergeben kennen und sie angemessen in ihre Entscheidungen einbeziehen. Deshalb sollen Unternehmen die sie betreffenden, klimabasierten Risiken im Berichtswesen ihres Unternehmens ausweisen und veröffentlichen.

Die nachfolgenden, kursiv gesetzten Zeilen sind eine interne Erläuterung, können in der Endfassung gestrichen werden

Ein solches Controllinginstrument wird Eigentümern und Investoren helfen zu verstehen, wie die Klimakrise die Entwicklung ihres Eigentums, ihrer Anlageobjekte beeinflusst.

Die Initiative zur Entwicklung eines solchen Instruments geht auf das Financial Stability Board (FSB) zurück. Ihr haben sich bereits zahlreiche, international tätige Unternehmen freiwillig angeschlossen und einen entsprechenden Berichtsstandart erarbeitet, der erfolgreich umgesetzt wird.

Wir wollen, dass eine solche Berichts- und Veröffentlichungspflicht von klimabasierten Risiken für alle Unternehmen im Rahmen ihrer Publikationspflichten verbindlich eingeführt wird.

Besonders fordern wir dies für die Unternehmen der öffentlichen Hand, damit ihre Eigentümer, also die Bürgerinnen und Bürger transparent nachvollziehen können, welche Risiken sich aus der Klimakrise für ihr Eigentum ergeben und wie die jeweiligen Unternehmensleitungen auf diese reagieren.

Sächsisches Klimaschutzgesetz

Wir erwarten, dass die Bundesregierung zeitnah ein Klimaschutzgesetz vorlegt. Wo immer sinnvoll und erforderlich soll die Konkretisierung für sächsische Belange in einem, ergänzenden, sächsischen Klimaschutzgesetz vorgenommen werden.

Umgang mit den Ergebnissen der Kommission für Strukturwandel... („Kohlekommission“) und den Ergebnissen der Konferenz von Katowice

(Platzhalter, das soll im Wirtschaftsteil abgehandelt werden)

Erneute Überarbeitung des EKP

Die Vorschläge der Kohlekommission und das deutsche Klimaschutzgesetz werden erhebliche Auswirkungen auf den Freistaat Sachsen haben. Das Energie&Klimapaket (EKP) der Landesregierung muss unter Berücksichtigung der dort formulierten Rahmenbedingungen deshalb unverzüglich überarbeitet und konsequent umgesetzt werden.

Ausbau der erneuerbaren Energien in Sachsen

Beim Ausbau erneuerbarer Energien muss Sachsen aufholen. Die Ausbauziele für Sachsen werden künftig nicht unter den (anteilig für Sachsen berechneten) Ausbauzielen der Bundesregierung für Deutschland liegen. Die Regionalplanungen sind, auch unter Berücksichtigungen der absehbaren Speicherverluste, entsprechend anzupassen.

Die SPD bekennt sich zu dem Ziel, bis 2050 den Energiebedarf des Freistaates vollständige aus erneuerbaren Quellen zu decken.

Positionspapier Zeile 55: unsere Energie wird in Zukunft dezentraler produziert.

Rolle der Kommunalwirtschaft, insbesondere der Stadtwerke

Eine moderne, CO₂ neutrale, Energiepolitik („Energiewende“) ist das zentrale Element im Kampf gegen die Klimakrise. Den kommunalen Unternehmen, insbesondere den Stadtwerken, den Verkehrsbetrieben und der Wohnungswirtschaft kommen bei der sektorübergreifenden Gestaltung der Energiewende eine zentrale Rolle zu. Dies schliesst auch die Veränderung des Mobilitätsverhaltens, der Wärmegewinnung und Nutzung und die Verbesserung der Energieeffizienz ein.

Damit sie diese Aufgabe erfüllen können, muss die Innovations- und Investitionskraft der Stadtwerke und die anderen kommunalen Unternehmen erhalten und gestärkt werden.

Eine weiterer Aspekt der kommunalen Gestaltung ist es den sozialen Wohnungsbau klimaneutral zu gestalten um sowohl Emissionen zu vermeiden als auch die Energiekosten durch konsequente Nutzung von z.B. Photovoltaik und Solarthermie erheblich zu reduzieren, gerade in Hinblick auf steigende Kosten der fossilen Brennstoffe.

In diesem Teil sind auch noch mehr Verknüpfungen mit realen Aktionen möglich. Das ursprüngliche Papier erwähnt den Flächenverbrauch/Versiegelung (Z. 191ff).

Stadt Begrünung ist beispielsweise wichtig um die Durchschnittstemperaturen innerhalb der Betonstädte zu senken, sie erzeugt Wohlgefühl der Anwohner, reduziert die Schadstoffbelastung, bindet CO₂, ... und wertet somit auch die Lebensräume auf!

Verstärkte Anstrengungen zur Akzeptanzsicherung für Klimaschutz und Energiewende

Klimaschutz und Energiewende sind Fortschrittsprojekte. Sie werden unsere Gesellschaft und unsere Volkswirtschaft grundlegend verändern. Bei diesen Veränderungen muss der Mensch im Mittelpunkt stehen. Deshalb müssen diese dringenden Veränderungen gestaltet – nicht verzögert – werden.

Die SPD Sachsens sieht in der stärkeren Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung, aber auch bei der materiellen Beteiligung an Projekten von Energiewende und Klimaschutz einen Schlüssel für die Bewältigung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. *(ggf hier im Zuge der Endredaktion Hinweise zur Beschlusslage der SPD einfügen?)*

Dazu gehören auch die Entwicklung und Umsetzung von attraktiven Instrumenten für eine (materielle) Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, der Kommunen und Landkreise an dezentralen Energieprojekten. Bürgerinnen und Bürger sollen von solchen Projekten unmittelbar profitieren können.

Dazu gehört auch die Einführung von Energietarifen, die für jeden Abnehmer Anreize für die notwendigen Veränderung unserer Verbrauchsgewohnheiten setzen.

Klimaschutz und Energiewende bringen Strukturwandel hin zu einer zukunftsfähigen Transformation unserer Gesellschaft: so oder so. Im Guten wie im Schlechten, im Handeln wie im Nichthandeln.

Klimaschutz und Energiewende sind Bildungsthemen. Das umfasst die verstärkte inhaltliche und fachübergreifende Ausrichtung von Hoch- und Fachschulen auf diesen Themenbereich hin, die Unterstützung von Start-Ups und Ausgründungen.

Das umfasst auch die Sensibilisierung der Bildungsarbeit an Schulen und anderen Bildungsträgern für Zusammenhänge des Klimaschutzes und der Energiepolitik.

Wir brauchen eine verstärkte politische (Aus-)Bildung, damit Bürgerinnen und Bürger besser mit den Möglichkeiten umgehen können, die unsere demokratische Grundordnung für Beteiligung an Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozessen bereits heute bietet, und diese durch Bürgerengagement zielgerichtet ergänzen und ausbauen können.

Außerdem:

Zeilen 71-85 streichen. Hier haben wir wirklich wenig vorzuweisen. Das muss man nicht noch ins Gedächtnis rufen. Insbes:

Zeile 66-70: streichen. Das ist falsch und missverständlich

Zeile 74-80: streichen, das soll ja in den Wirtschaftsteil

Zeile 80-85: streichen, das ist jetzt schon so

Zeile 97. Streichen, steht schon vorn.

Zeile 109. Streichen- siehe unsere Erläuterung vorn.

Zeile 111-114: Die Windpotentialstudie der Sächsischen Energieagentur SAENA zeigt, dass Sachsen über ein erhebliches Potential bei der Nutzung dieses erneuerbaren Energieträgers verfügt. Mit einer klaren Ausbauquote und einer Änderung der Regionalplanung wollen wir dieses Potential nutzen. Für einen stärkeren Ausbau von Photovoltaik-Anlagen wollen wir Mieterstrommodelle stärker fördern. Darüber hinaus muss die öffentliche Hand bei Neubau und Sanierung öffentlicher Gebäude hier als Vorbild wirken. (Rest streichen)

Zeile 117-120: Die Wasserkraft in Sachsen ist für uns ein wichtiger Baustein. Sie ist dezentral, erneuerbar, krisenunabhängig, sichert Arbeitsplätze. Aktuell steht sie vor der Herausforderung Ihre Bestandsanlagen zu modernisieren um so das Potential der Energieerzeugung zu erhöhen und gleichzeitig Jahrhunderte altes Kulturgut zu erhalten. Die Erzeugung von Strom und Wärme aus Biomasseanlagen ist heute auch in Sachsen ein wesentlicher Bestandteil von regionaler Wertschöpfung im ländlichen Raum. Sie dient damit nicht nur der sauberen Energieerzeugung sondern sichert gleichzeitig Arbeitsplätze und schafft neue. Diese Entwicklung wollen wir durch Abbau von Regulierungen bei Energieerzeugung und Einspeisung weiter unterstützen. (Rest streichen)

Zeile 124: Wir investieren? Die SPD oder nur der Landesvorstand? :)

Zeile 130: wir brauchen mehr Forschung, aber mehr Investitionen macht nicht die Politik, oder?

Zeile 132: kommunale Unternehmen sind wichtige Partner,

Zeile 144 Im Bereich der Erneuerbaren Energien sind in Sachsen mehr als das Dreifache an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als in der Braunkohlegewinnung und -verstromung beschäftigt. Auch diesen Menschen gegenüber stehen wir in Verantwortung, ihre Arbeitsplätze zu sichern und darüber hinaus neue zu schaffen.

Zeile 186: das sollte widerspruchsfrei zum Abschnitt zur Strukturpolitik im Abschnitt Wirtschaft sein!

Zeile 193: wodurch/wie fördern?

Zeile 197: Ressourcen „sinnlos“ zu verbrauchen – das liegt im Auge des Betrachters. Besser: Wir wollen verantwortungsvoll mit Ressourcen umgehen, den Ressourceneinsatz minimieren o.ä.

Zeile 202: Nachhaltigkeit ist aber auch (nicht nur) eine kommunale Sache! Und das hat mit den Naturschutzbeiräten nur wenig zu tun.

Zeile 222: deshalb bekennen wir uns zum Tierschutz? Damit unsere Kinder demnächst noch Kuschtiere haben? Wirklich? Gibt es da vielleicht auch eine ethische Komponente?

Zeile 224: wie haben die sächsischen SPD-Abgeordneten im Bundestag dazu abgestimmt? Sind wir da unangreifbar?

Zeile 376 ff: das ist typisch. Die SPD will mehr Personal, mehr Behörde und mehr Kontrolle. Das sollte aus taktischen Erwägungen (inhaltlich mag das so richtig sein) anders formuliert werden.
